

Markt, Staat und Moral in westlichen und nichtwestlichen Gesellschaften

Schrader, Heiko

Veröffentlichungsversion / Published Version

Sammelwerksbeitrag / collection article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Schrader, H. (1995). Markt, Staat und Moral in westlichen und nichtwestlichen Gesellschaften. In H. Sahner, & S. Schwendtner (Hrsg.), *27. Kongreß der Deutschen Gesellschaft für Soziologie - Gesellschaften im Umbruch: Sektionen und Arbeitsgruppen* (S. 87-92). Opladen: Westdt. Verl. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-137687>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

3. Markt, Staat und Moral in westlichen und nichtwestlichen Gesellschaften

Heiko Schrader

1. Die wirtschafts- und sozialwissenschaftliche Diskussion um die Steuerungsprinzipien Markt und Moral

Was liefert, um mit John Elsters (1989) Metapher zu sprechen, den ‚Zement der (Wirtschafts-) Gesellschaft‘? Genügt der Preis-Mengenmechanismus als Steuerungsprinzip des gesellschaftlichen Zusammenlebens, wie dies die Neoklassische Schule unterstellt? Oder bedarf es weiterer Prinzipien gesellschaftlicher Steuerung, die umgangssprachlich mit Staat und Moral bezeichnet werden?

Betrachten wir den Begriff ‚Moral‘ näher: Ich möchte ihn funktional als ein internalisiertes Steuerungsprinzip bezeichnen, das egoistisches Handeln zugunsten des gesellschaftlichen Zusammenlebens bestimmten, gesellschaftlich bzw. herrschaftlich determinierten Schranken unterwirft. Nach der Rupert Layschen ‚Ethik für Manager‘ (1991: 27-9) erfolgt moralisches Handeln aufgrund einer Abwägung zwischen der Realisierung von Interessen und dem Vermeiden von psychischen Konflikten (Schuldgefühlen, Scham, Beeinträchtigung der Selbstachtung, usw.) und sozialen Sanktionen (Minderung oder Verlust von Anerkennung, sozialer Sicherheit, etc.). Moral reguliert Interaktionen über als verbindlich akzeptierte und ‚in der Regel eingehaltene Standards (Normen, Regeln, Gewohnheiten, Grundsätze), Einstellungen, Vorurteile und Wertorientierungen‘ (Lay 1991: 91).

Im Zuge gesellschaftlicher Differenzierung wurde das Gewinnstreben entmoralisiert (Hirschman 1977), solches Handeln allerdings zuerst noch über eine Arbeitsethik moralisch-religiös legitimiert, bis schließlich auch diese an Relevanz verlor. Ein anderer Teil von Moral wurde über legislative Sanktionsmöglichkeiten formalisiert, ein dritter Teil generalisierte sich als universalistisches Normensystem, in dem der Aspekt des Selbstzwangs ‚verdunstete‘ (vgl. Kaufmann 1984: 182: FN 3). Wieder ein anderer Teil, der sich auf Reziprozität und Redistribution in der Gemeinschaft, also auf soziale Sicherheit bezog, wurde auf den Sozialstaat übertragen.

Eine Wirtschaftsethik überprüft nach Rupert Lay (1991: 73) Handlungstypen (*nicht*: Handlungsindividuen) anhand eines von ihr identifizierten ‚höchsten Gutes‘, z.B. Gemeinwohl. Ein daran orientiertes moralisches Handeln wendet die ethischen Grundsätze kritisch auf einzelne Handlungen oder Motive an.

Der Ursprung der Wirtschaftswissenschaften war moralphilosophisch fundiert, was aber in der Neoklassischen Schule gänzlich verloren ging. In der heutigen Basisversion wirtschaftlicher Rationalität handelt das Individuum in wirtschaftlichen Transaktionen nach dem Prinzip der individuellen Wohlstands- oder Nutzenmaximierung in einem machtfreien Raum. Anbietern und Nachfragern werden eine Präferenzstruktur und zweck-mittel-rationales Handeln unterstellt, wobei die Herkunft der Präferenzen als außerhalb des Bereiches der Disziplin liegend angenommen wird. Zusätzliche Annahmen sind ein vollkommener Markt, bestimmte staatliche Arrangements zur Aufrechterhaltung des Marktfriedens und ein aus dem Verhalten der Marktteilnehmer resultie-

render automatischer Gleichgewichtspreis. Realitätsnähere Spezifikationen dieses Grundmodells sind Varianten der *rational-choice* Theorie, die sozialutilitaristische Theorie der Gerechtigkeit (Rawls 1975), die Theorie des Verfassungsvertrages (Buchanan 1977) oder New Institutional Economics. Das Rationalitätskonzept wird hier in Hinblick auf aus der Unvollkommenheit des Marktes resultierende Alternativenbeschränkungen erweitert (*bounded rationality*).

Diese Erweiterung hat auch zur Wiederbelebung der Diskussion um Moral als moderne Wirtschaftsethik geführt. Nach dem Konzept der *korrektiven Wirtschaftsethik* werden der wirtschaftlichen Autonomie bestimmte Grenzwerte auferlegt, jenseits derer eine politisch-ethische Intervention möglich wird (Beispiel: Bundeskartellamt oder Bundesumweltministeriums). Die Vertreter eines *funktionalen wirtschaftsethischen Konzeptes* argumentieren im Sinne des Kontraktualismus, daß ökonomische Rationalität schon auf einer endogenen Binnenmoral basiert und über strategisches kooperatives Handeln auf die Senkung der Transaktionskosten zielt (vgl. Ulrich 1990, Meran 1990, Lay 1991). Ich bin der Ansicht, daß sich viele, aber nicht alle wirtschaftlichen Handlungen und Interaktionen mit einem funktionalen wirtschaftsethischen Konzept erklären lassen, wie die folgende Diskussion zeigen wird.

Die gegenwärtige heterodoxe Diskussion um eine moderne Wirtschaftsethik steht nach Peter Ulrich (1990: 179) ‚im Spannungsfeld zwischen institutionalisierter Sachlogik der modernen Wirtschaft einerseits und Anprüchen der Menschen an die Qualität des modernen Lebens andererseits‘. Der ‚*homo moralis*‘, der sittlich Handelnde (Meran 1990), überprüft sein Handeln an wirtschaftsethischen Kriterien. Bei der Alternativenauswahl unterwirft er sich von vorne herein Beschränkungen, indem er zwar zweck-mittel-rationale, aber moralisch verwerfliche Handlungsalternativen ausgegrenzt. Nach Ulrich (1990) fehlt einer rein neoklassisch begründeten Wirtschaftsethik das deontologische Element - die Verpflichtung und Selbstverpflichtung der Handlungssubjekte zur Einschränkung subjektiver Interessen zugunsten eines gemeinsamen ‚höchsten Gutes‘. Sinn der von Ulrich vertretenen kommunikativen Wirtschaftsethik ist - wie er es ausdrückt -, die ökonomische Rationalität selbstreflexiv ‚zur Vernunft‘ zu bringen. Vernünftiges, wertschaffendes Wirtschaften im Sinne einer modernen Wirtschaftsethik bezeichnet Ulrich nun als ‚sozioökonomische Rationalität‘.

Man kann Ulrichs Sichtweise auch mit der sinnvollen Unterscheidung Homanns (1990: 114) zwischen konventioneller und postkonventioneller Moral verbinden. Konventionelle Moral wurzelt auf Glauben, Autorität, Angst vor (dies- und jenseitiger) Strafe usw., also auf Metanarrativen. Sie wurde im Zuge des Modernisierungsprozesses durch postkonventionelle Formen von Moral ersetzt. Diese basieren auf der intersubjektiv geteilten Einsicht in bzw. Begründbarkeit von Normen.

Ich bin folglich der Auffassung, daß der Preis-Mengenmechanismus als ‚Zement der (Wirtschafts)Gesellschaft‘ nicht ausreicht. Es bedarf allerdings auch nicht nur einer Ergänzung durch das Steuerungsprinzip Staat, um die Gesellschaft zusammenzuhalten, sei dies im Sinne des kontrollierenden Leviathan oder des korrigierenden Wohlfahrtsstaates. Vielmehr ist die Selbstbeschränkung der Wirtschaftssubjekte in der Verfolgung ihrer egoistischen Interessen erforderlich, wie dies schon im Kontraktualismus anklingt.

Die Neue Wirtschaftssoziologie postuliert allerdings, wirtschaftliche Rationalität nicht nur auf Handeln in bezug auf wirtschaftliche, sondern auch auf soziale Ziele, höheren Status oder Macht zu beziehen (vgl. Granovetter 1985), da das Erreichen dieser Ziele wiederum ökonomische Vor-

teile nach sich ziehen kann. In der erklärenden Soziologie ist bereits ein erweitertes Rationalitätskonzept in ein Handlungsmodell umgesetzt worden, nach dem das Wirtschaftssubjekt die sozial legitimen Handlungsalternativen optimiert. Das Ergebnis des Entscheidungsprozesses könnte mit ‚*bounded socioeconomic rationality*‘ bezeichnet werden - sozioökonomische Rationalität unter sozialen Beschränkungen.

Den ersten Teil meines Beitrags möchte ich also in folgender, knapp formulierter Aussage zusammenfassen: *Markt und Moral sind interdependent und komplementär*. Im zweiten Abschnitt möchte ich mich nun aber konkret dem Verhältnis von Markt und Moral in westlichen und nicht-westlichen Gesellschaften zuwenden.

2. Markt, Staat und Moral in westlichen und nichtwestlichen Gesellschaften

Wirtschaftspolitisch manifestierte sich in der Nachkriegszeit das Verhältnis von Markt und Staat in West- und Osteuropa in der ordnungspolitischen Spanne zwischen der marktkonformen Variante der sozialen Marktwirtschaft bis zur marktinkompatiblen Strategie der Zentralverwaltungswirtschaft. Die jüngste Stärkung des Neoliberalismus durch den Kollaps der osteuropäischen Planwirtschaften hat allerdings wieder das Steuerungsprinzip Markt gestärkt und durch Privatisierung des öffentlichen Sektors sowie den Abbau sozialstaatlicher Errungenschaften zur erneuten Deregulierung des Binnenmarktes geführt. Neue transnationale Wirtschaftsräume tragen durch die Einschränkung nationaler staatlicher Kontrollbefugnisse zugunsten supranationaler Organisationen zur weiteren Deregulierung bei, denn letztere erhalten wegen notwendiger konsensueller Voraussetzungen der Mitgliedsländer nur minimale Regulationsmöglichkeiten.

In bezug auf nichtstaatliche Maßnahmen gegen den Wettbewerbsmarkt ist es Arbeitnehmern gelungen, ihre Interessen zu institutionalisieren, denen der Arbeitgeber und ihren Organisationen gegenüberzustellen und bis zu einem gewissen Grad in der Wirtschafts- und Sozialpolitik zu verankern. Darüber hinaus bilden Bürgerinitiativen, Verbraucherorganisationen und Mietervereine eine ‚Lobby‘ gegen wirtschaftliche Effizienzkriterien. Ihre Interessen haben sich in den Programmen der etablierten Parteien niedergeschlagen und zur Entstehung neuer Parteien geführt. Auch für Unternehmen spielt die *corporate identity* zunehmend eine Rolle, so daß hier die längerfristige betriebswirtschaftliche Nutzenmaximierung einer funktionalen Wirtschaftsethik entspricht.

Die Nachkriegszeit ist von Perioden wirtschaftlicher Regulierung und Deregulierung gekennzeichnet, die Ausdruck des Verhältnisses der drei Steuerungsprinzipien sind. Nicht nur Sozialstaater, sondern auch Ordoliberalisten messen dem Staat eine wichtige Steuerungsfunktion bei, wenn auch mit unterschiedlicher Intensität. Allerdings ist meine These, daß heutzutage eine stabile Marktgesellschaft darüber hinaus ein gewisses Maß an Selbstbeschränkung und die Einhaltung von Menschenrechten, bestimmten Normen und Werten verlangt, insbesondere, wenn wir den Übergang vom Sozialstaat zur individualisierten Risikogesellschaft (vgl. Beck 1994) unterstellen. Mit dem Anstieg ökologischer Risiken, nationaler und internationaler Ungleichheit kommen postkonventioneller Moral und Solidarität bezüglich Selbstreflexion, Selbstbeschränkung und humanitärer Verantwortung für eine menschenwürdige *und* menschenmögliche Zukunft als Steuerungsprinzipien des gesellschaftlichen Zusammenlebens eine zunehmende Bedeutung zu.

In nichtwestlichen Gesellschaften weist der Langzeittrend wirtschaftlicher Entwicklung in der Nachkriegszeit je nach Region mehr oder weniger starkes gesamtwirtschaftliches Wachstum aus.

Bis in die späten 70er und frühen 80er Jahre herrschte in vielen Ländern über die Verstaatlichung wirtschaftlicher Schlüsselbranchen und die Einschränkung des Marktes durch Wirtschaftsgesetze und Verordnungen eine staatliche Regulierungspolitik vor. Die Verschuldungskrise und Weltbankpolitik führten parallel zum Westen mehr oder weniger freiwillig zu Deregulierung, Marktöffnung und internationaler Verflechtung. Als Folge wirtschaftlicher Liberalisierung wird ein Demokratisierungsschub assoziiert.

Betrachten wir nun die nichtwestlichen Wirtschaften im Detail, wobei ich hier die Gruppe der sogenannten Schwellenländer aus meinen Überlegungen ausschließen möchte. In Anlehnung an den kolonialen Ansatz der Dualwirtschaften ist in den 70er Jahren das Dreisektoren-Modell wiederbelebt worden: der formelle, informelle und Subsistenzsektor. Dieses Sektorenmodell ist aufgrund der Unschärfe der Sektorengrenzen kritisiert worden. O'Conner (1974) verzichtet daher ganz auf diese Begriffe. Er identifiziert einen die Machtstrukturen reflektierenden kapitalintensiven Kernbereich der Wirtschaft in profitablen Märkten und einen durch starken Wettbewerb gekennzeichneten Randbereich in weniger profitablen Märkten.

Hieraus leite ich folgende Überlegung her: Insgesamt ist die Expansion des Steuerungsprinzips Markt in beiden Wirtschaftsbereichen unverkennbar. Allerdings ergibt sich zwischen den Bereichen eine deutliche Differenz in bezug auf die Relevanz der beiden anderen Steuerungsprinzipien. Der Kernbereich zeichnet sich durch gewerkschaftliche Organisation, ein gewisses Quantum an Arbeitsschutzbestimmungen und soziale Absicherung, der Randbereich dagegen gerade durch das Fehlen dieser Bedingungen aus.

Die detailliertere Betrachtung der Gesamtwirtschaft zeigt, daß Wachstum sich insbesondere in der Phase staatlicher Regulierung in hohem Maße auf die Expansion der Staatsaktivität (Wachstum der Bürokratie, Verstaatlichung von Schlüsselbranchen, Aufrüstung, etc.), aber auch auf personale Appropriation von Staatsrevenue durch Bürokraten, Politiker und Militärs erschöpfte. Dagegen fehlte eine nennenswerte sozialstaatliche Expansion und die Herausbildung einer Mittelschicht (beides Kennzeichen für Entwicklung), was zu gesellschaftlicher Polarisierung führte.

Betrachten wir nun das Verhältnis von Markt und Moral: Zuerst einmal wird Subsistenzproduktion aufgrund ihrer sozialen Verankerung durch das Steuerungsprinzip Moral dominiert. Andererseits beschränken sich die Interaktionen der meisten Wirtschaftssubjekte nicht auf einen Bereich, sondern sind i.a. eine Kombination verschiedener Produktionsformen.

Der O'Connorsche Randbereich ist im hohen Maße kommodifiziert und vermachtet, selbst dort, wo persönliche Nähe einen hohen Einbettungsgrad von Interaktionen vermuten läßt (also in Familie, Verwandtschaft, Nachbarschaft). Darüber hinaus kann mit Elwert (1987) festgestellt werden, daß Venalität und die Kommodifizierung bestimmter, nach westlichen Standards ethisch sensibler Bereiche gerade in nichtwestlichen Gesellschaften besonders hoch sind. Hierzu wird gerne Korruption von Staatsbediensteten aufgeführt. Diese Beispiele verdeutlichen, daß Moral in hohem Maße von den soziokulturellen Bedingungen abhängt und Veränderungen unterworfen ist.

Allerdings zeigen diverse Feldforschungsergebnisse, daß als Folge der rasanten Transformationsprozesse und Marktexpansion ohne gleichzeitige sozialstaatliche Flankierungsmaßnahmen Verelendungsprozesse im Randbereich stattgefunden haben. Auf diese reagieren die Betroffenen in verschiedenster Weise. Zum einen ist als gegenläufige Tendenz zum Modernisierungskonzept der Rückzug von Teilen der Bevölkerung auf Subsistenzproduktion, also die Abkopplung vom

Markt erfolgt, was nicht, wie in westlichen Gesellschaften, Folge wirtschaftsethischer, sondern ökonomischer Motive ist: Über den Markt generiertes Einkommen reicht für viele Wirtschafts-subjekte nicht zum Überleben aus.

Zum anderen häufen sich trotz der unbestreitbaren internationalen Homogenisierung von Kultur und Gesellschaft (Stichworte: Massenkultur und Globalisierung) Kämpfe um ökonomische und nichtökonomische Ressourcen. Sie äußern sich zuerst einmal im starken Anstieg von Kapitalverbrechen mit wirtschaftlichem Hintergrund. Darüber hinaus nehmen sie Formen des religiösen, ethnischen und sozialen Konflikts, aber auch der Revolte gegen Markt und Staat an (z. B. Boykott, Verweigerung, Plünderung). Parallel dazu entstehen neue religiöse, ethnische und soziale Bewegungen, Selbsthilfegruppen und personale Netzwerke. Sie basieren auf Verwandtschaft, Ethnie, Herkunftsregion, Lokalität usw. und dienen der Identitätsbildung, Förderung von Solidarität und sozialen Integration, zur Artikulierung von Interessen, Absicherung und Appropriation bzw. kollektiven Verteidigung von Ressourcen. Die eben skizzierten Kämpfe, die auch Kennzeichen der Transformation Osteuropas sind, sind meines Erachtens Ausdruck für einen schwachen Staat, dessen Herrschaftsanspruch und Gewaltmonopol in Frage gestellt werden.

Frank Parkin (1971: 94) hat zur Erklärung solcher Konflikte in polarisierten Gesellschaften folgende klassentheoretische Überlegungen angestellt: Unteren Klassen fehlt die Macht, ein normatives System zu legitimieren, das sich gegen das dominante Wertesystem der herrschenden Klasse richtet. Daher bilden sich ‚subordinate‘ Wertesysteme in der, wie er sagt, ‚moralischen Dichte‘ lokaler Gemeinschaften. Sie entstehen auf der Basis von lokalisiertem sozialen Wissen und persönlichen Beziehungen. Die Kollision zwischen ‚subordinaten Werten‘ und dominantem Wertesystem entläßt sich in diversen Formen von Konflikten, wobei die Eliten versuchen, ihre Macht und ökonomischen Chancen über Repressionsapparate zu verteidigen.

Ich möchte hier nicht die Relevanz von Klassenkonzepten diskutieren, meine aber, daß mein eklektizistisches Wissenschaftsverständnis auch eine Übertragung auf andere hierarchische gesellschaftliche Figurationen erlaubt. Ich bin mit dieser Sichtweise zu folgendem Fazit gekommen: Schwachen Staaten fehlen drei Grundbedingungen für die Etablierung einer stabilen Marktgesellschaft: (1) die Legitimität von Herrschaft, (2) die moralischen (oder mit Elias: internalisierten zivilisatorischen) Selbstbeschränkungen für das Funktionieren einer Marktgesellschaft (z.B. individueller Gewaltverzicht und die Anerkennung von Menschenrechten, aber auch der Verzicht auf Korruption), und (3) ein gewisses Quantum an sozialetischen Grundsätzen und sozialstaatlichen Errungenschaften. In anderen Worten: Eine Marktgesellschaft bedarf zu ihrem Fortbestehen des Zusammenspiels von Markt, der Legitimität des Staates und postkonventioneller Moral der Wirtschaftssubjekte. Die Differenz der Komposition der drei Steuerungsprinzipien liegt also nicht so sehr zwischen westlichen und nichtwestlichen Gesellschaften, wie der Titel meines Beitrags vermuten läßt, sondern eher zwischen weniger und stärker zivilisierten bzw. rationalisierten Gesellschaften.

Literatur

- Beck, Ulrich (1994), The Debate on the 'Individualisation Theory' in Today's Sociology in Germany, in: Bernd Schäfers (ed.), *Sociology in Germany. Soziologie Special Edition 3*. Opladen.
- Buchanan, James M. (1977), *Freedom in Constitutional Contract*. College Station and London. Texas A&M University.

- Elster, John (1989), *The Cement of Society. A Study of Social Order*. Cambridge.
- Elwert, Georg (1987), Ausdehnung der Käuflichkeit und Einbettung der Wirtschaft. Markt und Moralökonomie, in: Klaus Heinemann (Hg), *Soziologie wirtschaftlichen Handelns*, Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 28.
- Granovetter, Mark (1985), Economic Action and Social Structure: The Problem of Embeddedness, *American Journal of Sociology* 91, 3: 481-510.
- Hirschman, Albert O. (1977), *The Passions and the Interests*. Princeton.
- Homann, Karl (1990), Strategische Rationalität, kommunikative Rationalität und die Grenze der ökonomischen Vernunft, in: Peter Ulrich (Hg.), *Auf der Suche nach einer neuen Wirtschaftsethik*. Bern und Stuttgart.
- Kaufmann, Franz Xaver (1984), Solidarität als Steuerungsform - Erklärungsansätze bei Adam Smith, in: F.X. Kaufmann und H.-G. Krüsselberg (Hg.), *Markt, Staat und Solidarität bei Adam Smith*. Frankfurt/M.
- Lay, Rupert (1991), *Ethik für Manager* (2. Aufl.). Düsseldorf, Wien und New York.
- Meran, Josef (1990), Ist es ökonomisch vernünftig, moralisch richtig zu handeln?, in: P. Ulrich (Hg.), *Auf der Suche nach einer neuen Wirtschaftsethik*. Bern und Stuttgart.
- O'Conner, James (1974), *Die Finanzkrise des Staates*. Frankfurt/M.
- Parkin, Frank (1971), *Class Analysis and the Political Order*. London.
- Rawls, John (1975), *Eine Theorie der Gerechtigkeit*. Frankfurt/M.
- Ulrich, Peter (1990), Wirtschaftsethik auf der Suche nach der verlorenen ökonomischen Vernunft, in: Peter Ulrich (Hrsg.), *Auf der Suche nach einer neuen Wirtschaftsethik*. Bern und Stuttgart.

PD Dr. Heiko Schrader, Universität Bielefeld, FSP Entwicklungssoziologie, Postfach 100 131, D 33501 Bielefeld

4. Deadly Brotherhood: Local and Symbolic Factors in the Organization of White "Ultra-Right" Violence in South Africa and Protestant Paramilitarism in Northern Ireland

Mary Catherine Kenney

This research comparing Afrikaners and Ulster Protestants was proposed in 1992 as part of a project of comparative ethnographic studies of the social organization of political and ethnic violence. The South African phase of the fieldwork was accomplished through a Post Doctoral Research Fellowship with the Graduate School "Market State and Ethnicity", at the University of Bielefeld-Sociology of Development Research Centre, funded by the German National Research Council (DFG). The fieldwork on Ulster Protestants was carried out while the author was a PHD candidate in anthropology at the University of Michigan.

My hypothesis was this: that two geographically dispersed calvinist settler societies have employed the social organizational strategies of semi-secret men's clubs and mass political rituals to pursue their political goals. Have the Ulster Protestants and the Afrikaners used these cultural and organizational elements in similar ways to solve similar historical problems?

The research in the field focused specifically on a comparison of the political cultures of the Afrikaans speaking Whites in South Africa and the Ulster Protestants in Northern Ireland. The